

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimaliger
Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 M., durch die Post 22,50 M.,
ausw. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich. Zeitungsverzeichnis unter
Saale-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Rücksende nur mit dem
Quellenangabe. Saale-Zeitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1413
u. 7411, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltenen 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 40 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restamen
bis 25 mm breite Millimeterzeile
2,50 M. Anzeigen nehmen an
unsere Geschäftsstellen u. sämtliche
Anzeigengehäfte. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Geschäftszeiten und Haupt-Ge-
schäftsstellen: Halle, Neue Prome-
nade 1a, Gr. Drouhausstr. 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Weichstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Rente Leipzig Nr. 4699.

Nr. 389.

Halle, Sonnabend, den 21. August 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Die hallische Sipo und die Magdeburger Spitzelsache.

In den letzten Tagen ist die Magdeburger Spitzelsache von der gelamten Rechts- wie Linksprelle in Halle weidlich zu mehr oder weniger offen jutage tretender parteipolitischer Agitation ausgeschlachtet worden. Die „Saale-Zeitung“ hat sich aus Gründen, die unseren Lesern zur Genüge bekannt sind, möglichst neutral verhalten und sich lediglich auf den legalen Standpunkt gestellt. Die Wogen der Erregung scheinen nun etwas abzuflauen. Der Reiz der Sensation weicht dem Verlangen nach ruhigerer Betrachtung der Dinge. Wir haben nun Gelegenheit genommen, uns an bestinformierte Stelle nach dem Kern der Angelegenheit zu erkundigen, und dabei die Befriedigung erhalten, daß die Veröffentlichungen sowohl in der „Hallischen“ und „Allgemeinen Zeitung“ als auch im „Volkswacht“ weit über das Ziel hinausgeschossen und zweifellos parteiagitorisch gefärbt und alles andere als geeignet sind, die tiefe Klüft, die im deutschen Vaterlande noch immer zwischen Rechts und Links klafft, zu überbrücken. Weiter hat sich eben gezeigt, daß durch agitatorische Verzerrungen der Angelegenheit deren Klärung ungemein erschwert worden ist. Ja, man kann behaupten, daß mancher Schritt in der gerichtlichen Untersuchung fast unmöglich gemacht wurde. So haben z. B. unzeitige und unrichtige Veröffentlichungen in der „Allgemeinen Zeitung“ und durch sie hervorgerufene Erwiderungen das staatsanwaltschaftliche Einschreiten in der Angelegenheit der bestantten Waffenbesitzungsverhufe, an denen der U. S. P. Stattdat Osterburg beteiligt sein soll, erheblich verzögert und das energische Zupacken der hiesigen Sipo fast zur Unmöglichkeit gemacht.

Wahrscheinlich liegt es in anderen Fällen und vielleicht ist es auch dem Verhalten der hallischen Presse zuzuschreiben, daß nicht die Zeitung der hiesigen Sicherheitspolizei, die an sich für ihr zuständig war, mit der Führung der Untersuchung im hiesigen Bezirk betraut, sondern dafür ein besonderer Beauftragter der Magdeburger Sipo nach hier entsandt wurde. Wir müssen zugeben, daß uns ein solches Eingreifen in die Zuständigkeit des Kommandos der hiesigen Gruppe der Sicherheitspolizei ebenfalls gewiss mißfallen würde, denn es trägt doch zweifellos ein gewisses Mißtrauen gegen diese Gruppe in sich, zu dem u. E. keine bestimmte Veranlassung vorliegt.

Uebrigens haben sich Untersuchungen durch den Magdeburger Hauptmann Schulz doch anders zugetragen, als es bisher öffentlich bekannt geworden ist. Verhaftungen haben überhaupt nicht stattgefunden, sondern es sind nur verschiedene Personen, die mit der „Orgel“, dem „Raubband“ und dem „Taubband“ Verbindung hatten oder zu deren Leitung gehören, zur Vernehmung vorgehalten und nach der Vernehmung ohne weiteres wieder entlassen worden, nachdem sich irgend welcher Grund zum direkten Eingreifen gegen sie nicht ergeben hatte. Hauptmann Schulz ist nach Beendigung der Untersuchungen gestern wieder nach Magdeburg zurückgereist. Wenn die ganze Angelegenheit von der hiesigen Rechts- und Linksprelle nicht so agitatorisch ausgeschlachtet worden wäre, so hätte die Erregung in der Bürgerstadt aus den tatsächlichen Ereignissen heraus nicht die Höhe erreichen können, wie es der Fall war.

Nach den Erkundigungen, die wir, wie schon erwähnt, eingezogen haben, können wir uns auf keinen anderen Standpunkt stellen als den, den wir an dieser Stelle in den letzten Tagen wiederholt präzisiert haben. Das deutsche Volk muß aus der Unruhe heraus und die Bekämpfungen der Reichsregierung und des Reichstages, durch die energische Durchführung der Entwaffnung sowohl den Ausschmücklichkeiten von rechts wie von links den Boden zu entziehen, müssen mit aller Energie unterstützt werden. Wir haben das Vertrauen zur Sicherheitspolizei, daß sie in diesem Sinne mit der größten Umsicht und ohne Ansehen der Person vorgehen wird. Die Sicherheitspolizei ist das berufene Organ für diesen Zweck und hat keine andere Aufgabe, als den Regierungswillen zur Durchführung zu bringen. Sie hat bisher nach rechts wie nach links durchgegriffen, allerdings — und das mag ein Fehler sein — ohne der Öffentlichkeit davon Kenntnis zu geben. Auf besondere Schwierigkeiten ist sie bei der Entwaffnungssaktion bisher nicht gestoßen. Allerdings dürfte sie, solange das Entwaffnungsgebot noch nicht reiflos durchgeführt werden kann, den Zugriff in größere Waffentager nach beiden Seiten, die ihr wohlbestimmt sein dürften, noch vermeiden haben. Es können sich also vielleicht noch Schwerverstöße ergeben. Deren kann sie aber nur Herr werden, wenn sie sich nicht nur vom Vertrauen der Landes- und Reichsregierung, sondern auch von dem der Mehrheit der Bevölkerung getragen weiß, durch deren Willen sie ja letzten Endes das Mandat zur Durchführung der Entwaffnung erhalten hat. Dazu sollte jeder denken, der ein Interesse daran hat, daß Ruhe und Ordnung im Vaterlande erhalten bleiben.

Die Lage in Oberschlesien.

Beuthen, 20. August. Die Polen rufen zum allgemeinen Ausstand im ganzen Industriegebiet auf, der in den Bergwerksbetrieben zum Teil bereits eingetreten ist. Heute vormittag sind polnischerseits der interalliierten Kommission folgende Forderungen vorgebracht worden:

1. Befreiung der Sicherheitswehr.
2. Entfernung aller in den letzten zwei Jahren Zugezogenen ohne Rücksicht darauf, ob es Polen oder Deutsche sind.
3. Errichtung einer Selbstverwaltung und von Verwaltungsbehörden, die aus Oberschleslern oder Nicht-Oberschleslern gebildet sind, die seit mehr als 20 Jahren ununterbrochen hier wohnen.
4. Verhaftung und Auslieferung aller an den letzten Vorgängen Beteiligten.
5. Entschädigung aller mißhandelten Polen.
6. Die Stadt Katowitz soll dem polnischen Abstammungskommissariat sofort vier Büros zur Verfügung stellen.
7. Aus den Verträgen der deutschen Schuldner ist die „Gazeta Lubowa“ und die „Gazeta Robotnicza“ sofort in Betrieb zu setzen.
8. Entfernung aller Direktoren und Beamten, die für den ausbleibenden (?) Ausstand in Haftung genommen werden.
9. Behebung der Elektrizitäts- und Wasserwerke usw. durch die öffentlichen Behörden.

Werden diese Bedingungen nicht angenommen, soll der allgemeine Ausstand sofort beginnen. Die polnische Presse bezeichnet die Lage als sehr ernst. Nach Mitteilung der polnischen Presse hat die interalliierte Kommission die schärfsten Maßnahmen angeordnet, um die Ordnung herzustellen. Alle Schuldigen sollen in Haft genommen und vor dem Kriegsgericht abgeurteilt werden. Gerüchtwiese verlautet von einem polnischen Aufstand in Beuthen, der heute abend ins Werk gesetzt werden soll. Die Bewegung in Kuraschitz und Siewianowisch befristigen sich. Chana, Schoppin, Mlowisch sind in polnischen Händen. In Schoppin hat die polnische Bevölkerung nach der polnischen „Grenzzeitung“ die Sicherheitswehr entworfen.

Berlin, 20. August. Zu der Meldung der Danziger polnischen Zeitung „Dziennik Danzki“, daß täglich aus dem Reich 2000 Deutsche, unter denen sich Offiziere und Soldaten befinden, der Polen zu Hilfe eilen, wird von jütändiger Seite mitgeteilt, daß diese Behauptung völlig aus der Luft gegriffen ist.

Eine Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 19. Aug. Dem Reichstag liegt, wie wir hören, der Entwurf einer Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten vor. Der Entwurf lehnt sich möglichst an die Vorschriften der Reichswahlordnung vom 1. Mai 1920 an, herabmündigt indessen in angebrachter Weise auch die Erfahrungen der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920. So werden die Vorschriften über die Wahlfrist erweitert, da deren Ausfüllung in großstädtischen Gemeinden infolge Schwierigkeiten öfter als die Wählerkreise den Wahlvorstehern zur Bildung der Wahlvorstände einige Tage vor der Wahl zugesandt werden müssen. Andererseits muß die Möglichkeit zur Erlangung von Wahlstimmen tunlichst lange gegeben sein, da bei einem frühzeitigen Schluß ihrer Ausstellung der Zweck des Wahlgesetzes selbst vereitelt werden würde. Der Entwurf will daher bezüglich des Zeitpunktes, an dem die Wählerlisten geschlossen werden müssen, den Gemeinden möglichst freie Hand lassen. Auch nach Abschluß der Wählerlisten sollen nachträgliche Berichtigungen vorgenommen werden können. Ferner hat sich vielfach das Bedürfnis gezeigt, für kleinere, besonders ländliche Wahlbezirke die Wahlfrist abzukürzen. Weshalb wird die Verordnung auf eine beschleunigte Festsetzung des Wahlergebnisses einwirken, so daß noch am Abend des Wahltages das Abstimmungsresultat vorliegt.

Kritische Lage in Ostpreußen.

Königsberg, 19. August. Die Lage Ostpreußens ist sehr ernst. Die Gefahr bewaffneter reaktionärer Organisationen vergrößert sich, da sie sämtlich der Orgel angegeschlossen sind. Sie verfügen angeblich über 40 000 bewaffnete Mann und über 200 000 Waffen. Die Sicherheitsweile organisieren wieder entlassene Offiziere der Sicherheitspolizei in ihre Verbände ein. Immer noch große Summen zur Verfügung. Den Organisationen sind die reaktionären Kreisräte angegeschlossen. Die Leitung des Selbstschutzbundes ist in den Händen eines entlassenen Offiziers der Sicherheitspolizei namens Freu. Die Gewerkschaften beginnen eine Gegenorganisation. Der Oberpräsident verlorste einen Ausgleich durch einen Ruf zur Bildung allgemeiner Grenz- und Ortswehren herbeizuführen. Er berief einen Provinzialratwahlen aus. Die ersten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Destituierten und Rechtssozialisten hatten ein günstiges Ergebnis. Offenbar auf einen Punkt aus München verfaßt sich die Orgelorganisation möglichst abnehmend. Die Destituierten, Zentrum und Volkswacht erklären ihren Austritt aus dem Ausschuß. Der Oberpräsident ist jetzt nur auf Demokraten und Rechtssozialisten angewiesen. Die Unabhängigen können jede Beteiligung ab, da in allen zu bildenden Ausschüssen eine Bürgerliche Mehrheit vorhanden ist und somit alle Machtmittel sowie die Auslegung, Handhabung der Bestimmungen der Orgel liegt. In Städten, wo die Mehrheit bei der Arbeiterstadt liegt, bestehen keine Ortswehren, da angeblich

genug Sicherheitspolizei vorhanden ist. Die Situation ist sehr gespannt. Die leitenden Parteiführer der Unabhängigen warnen vor allen unbesonnenen Experimenten und suchen mit aller Energie die Arbeiterstadt ruhig zu halten unter dem Hinweis, daß jede Politik und alle förmlichen Experimente den Kassen höchst unbecoem wären. In der Königsberger „Fortwähren Zeitung“ wird heute offenbar offiziell gefragt: „Waher nehmen die Orgel und die Selbstschutzbünde ihre Millionen?“

Die russisch-polnische Frage.

Paris, 20. August. „Humanität“ meldet aus London, daß bei Komens ein Telegramm Tschitschews einging, demzufolge die polnischen Delegierten am 18. August zur zweiten Sitzung der Minister Verhandlungen nicht mehr erschienen. Die russische Delegation protestierte deshalb bei der polnischen Regierung.

Der polnische Heeresbericht.

Warschau, 20. Aug. Nach dem polnischen Heeresbericht verlautet die feindlichen Avantgarde an der Nordfront auf jeden Fall möglichst weit vorzubringen. Die von Modlin ausgeführte Gegenoffensive ließ auf jähren russischen Widerstand, sie scheiterte jedoch gänzlich vorwärts, Gerod wurde genommen. Im ganzen gehen unsere Truppen an der Ostfront außerordentlich schnell vor und verfolgen den Feind, der in Panik und Unordnung flüchtet. Die 17. bolschewistische Brigade, sowie große Teile der 8. russischen Division wurden völlig vernichtet. Es wurden 70 Geschütze und 50 Maschinengewehre erbeutet.

Brest Litowsk von den Polen genommen.

Warschau, 20. Aug. Die Polen haben Brest Litowsk genommen. Drei bolschewistische Divisionen sind bei Warschau vernichtet worden.

Ein tödlicher Erzeß im „Korridor“.

Berlin, 19. August. Das Vorbringen der Russen scheint auch im Korridor ins Stocken zu geraten. So ist der Bahnhof Bihofswerder noch in der Hand der polnischen Truppen. Der Bürgermeister der Stadt Bihofswerder hat sich leider zu einem sehr tödlichen Streich hinreißen lassen, der auch von der Bevölkerung sehr mißbilligt wird. Der Bürgermeister versuchte nämlich, an der Spitze einer Schar Wandermögel mit einer Musikpelle, den Bahnhof Bihofswerder für Deutschland „zurückzuerobern“. Der Versuch mißlang; die Deutschen wüthten dabei sehr Gefasane an die Polen ein. Die über den tödlichen Erzeß des Bürgermeisters aufgebracht Bevölkerung von Bihofswerder hat den Beamten sofort keines Voltens überhen.

Lord Curzon über die Ziele der englischen Politik.

London, 19. August. Im Oberhause nahm Lord Curzon Gelegenheit, die englische Politik gegenüber Rußland und Polen noch einmal in längerer Rede zu beleuchten. Er sagte u. a.: „Waher sind unsere Ziele? Das erste ist, die Unabhängigkeit Polens in seinen legitimen Grenzen zu sichern, nicht, wie ich betonen möchte, eines angriffsulitigen und imperialistischen Polens, das eine Verödung für seine Nachbarn bedeutet, sondern des Polens, mit dem wir aus der Geschichte vertraut sind und das imstande ist, seine eigene nationale Existenz als ein Bollwerk der Zivilisation und als ein Damm gegen die Anarchie in jenem Teile Europas zu führen. Unser zweites Ziel, das viel weiter gestreckt, ist der Friede Europas. Wir wollen, soweit es an uns liegt, dieser zerstückelten Welt den Frieden bringen. Unser Land ist in feiner Stimmung für neue Kriege, wenigstens nicht für solche, die durch unmögliche Ziele diktiert und eingeleitet sind. Wir haben auch nicht die verführerischen Streiffräfte noch Geldmittel übrig, um solchen Abenteuer noch weiter zu frönen. Die öffentliche Meinung hier wie anderswo ist einzig und allein darauf eingestellt, wenn es möglich ist, einen gerechten und ehrenhaften Frieden herbeizuführen. Dies haben wir die polnische Regierung wissen lassen, und ich möchte hinzufügen, daß auch unser italienischer Verbündeter unsere an Polen erteilten Ratschläge vollkommen billigt und unterstützt.“

Die Auslieferung und Zerstörung des deutschen Kriegsgeräts.

London, 18. August. Die englische Regierung erteilte auf die Anfrage eines Abgeordneten nach dem Stande der Auslieferung und Zerstörung des deutschen Kriegsmaterials seit der Konferenz in Spa folgende Auskunft: Schwere Geschütze abgeliefert bis zum 5. Aug. 5860, davon abgeliefert zwischen 3. Juli und 5. Aug. keine, zertrübt bis zum 5. Aug. 2577, davon zertrübt zwischen 2. Juli und 5. Aug. 1064. Feldgeschütze und Haubitzen abgeliefert bis zum 5. Aug. 2057, davon abgeliefert zwischen 3. Juli und 5. Aug. 184, zertrübt bis zum 5. Aug. 15 893, davon zertrübt zwischen 3. Juli und 5. Aug. 3448. Kleinere Waffen abgeliefert bis zum 5. Aug. 1570 958, davon abgeliefert zwischen 3. Juli und 5. Aug. 19 196, zertrübt bis zum 5. Aug. 1 158 846, davon zertrübt zwischen 3. Juli und 5. Aug. 246 956. Flugzeuge und Wasserflugzeuge abgeliefert bis zum 31. Juli 128, zertrübt bis zum 31. Juli 818. Luftschiffe abgeliefert bis zum 31. Juli 1, zertrübt bis zum 31. Juli 1. (Die Zahl der ausgelieferten Luftschiffe bezieht sich natürlich nur auf England, das den „L. 71“ erhalten hat; bekanntlich ist aber auch schon ein weiteres Zeppelinluftschiff, der „L. 72“, an Frankreich ausgeliefert worden. Die Red.)

Die Randstaatenkonferenz in Riga.

Riga, 18. Aug. Die Konferenz der sogenannten Randstaaten, die am 3. d. M. in Riga begonnen hat, hat bis zum heutigen Tage verhandelt...

Frankreich erfüllt den Friedensvertrag.

Strasbourg, 19. August. Die französische Regierung kündigte auf Grund des Friedensvertrages die Konzeption der in Baden gelegenen Linien der Straßburger Straßenbahn...

Umstellungsforgen unserer Brennstoffwirtschaft.

Die bereits seit den Kriegsjahren einsetzende Umstellung von Industrie-Geuerungen auf minderwertige Brennstoffe hat einen starken Anstoß dadurch erhalten...

Eine Ergänzung der im Meinungsaustausch zu behandelnden Fragen bilden Vorträge von Dr. Aufhäuser, Hamburg: Neuere Ansichten über Brennstoffe und Verbrennung.

Deutsches Reich.

Personalen. Wie die 'Dena' erzählt, ist der Referent für Tarifverträge und Schlichtungswesen im Reichsarbeitsministerium, Dr. Martin Wegert, zum Vizepräsident ernannt worden.

Schreibe wie du sprichst.

Beitrag zu einer Tagesfrage. Von Gustav Hochstetter. (Nachdruck verboten.) Nachdem ich aus der neuesten Zeitung die jüngsten Verbrechen und Unglücksfälle mit Entsetzen kennen gelernt hatte...

Die Forderung nach dem Saarparlament. Der Gemeinderat von Reimsdorf beschloß einstimmig, bei der Saarregierung Schritte zu tun, damit alle jetzt Verhafteten eines Zivilgerichts überwiesen werden...

Die Durchführung der Amnestie. Im 'Vorwärts' Nr. 414 wird behauptet, daß der Ausbruch zur Prüfung des Verhältnisses der Offiziere während der Märzrevolution insofern realisierten Teilbereich von Offizieren aufgeführt worden sei.

Der spanische Volkstäter in Berlin. Wie WTB hört, ist der bisherige spanische Volkstäter in Argentinien Don Pablo Soler y Guadalupe zum Volkstäter Spaniens in Berlin ernannt worden...

Ausland.

Rumänien und Ungarn.

Paris, 19. August. Wie Hazas mitteilt, hat die rumänische Regierung angefangen der Lage im Osten die französische Regierung um Vermittlung ersucht...

Albanische Grenzverletzung.

Lufareff, 19. Aug. (Görlitzer Post.) Organisierte Truppen der albanischen Regierung sind im südwestlichen Gebiet bei Nebra vorgezogen.

Wannuzung kündigt die Unabhängigkeitserklärung.

Rom, 18. August. In einer Versammlung im Teatro Fenice in Rom kündigte B'Annunzio an, die Unabhängigkeitserklärung Rumos solle am 11. September, am Tag der Befreiung durch seine Truppen, erfolgen.

Die nordische Mächte und der Völkerverbund.

Christiania, 19. August. Die 12. nordische internationale Konferenz ist heute hier eröffnet worden. Der Vorsitzende, der ehemalige norwegische Präsident des Storting...

entworfene Richtlinien bei. Insbesondere betonte der ehemalige norwegische Botschafter in Berlin ebenfalls, daß die mittel-europäischen Staaten bedürftig in den Völkerverbund eintreten müßten...

Halle und Umgegend.

Die Auswärtigen für deutsche Kaufleute in Brasilien. Einem Bericht der Gesellschaft Rio Grande do Sul de R. u. M. a. n. 1114 an den 21. August 1920 ist zu entnehmen, daß die Auswärtigen für deutsche Kaufleute in Brasilien vor dem Krieges hier größer als je heute ist.

Religionsgemeinschaften der Berufsgruppen. Ortsgruppe Halle. Am Montag, den 23. August, 6 Uhr abends, findet in der Aula der hiesigen Altkatholischen Kirche...

Amnestie für die Oberverwaltungsbeamten. Am Sonntag nachm. 3 Uhr findet im Sitzungssaal des G. D. M. G. Richter, 54 111, Kaufmanns-Exkurs 11, eine Versammlung statt.

Die Provinzial-Nachrichten. Eisenberg, 20. Aug. (50jähriges Jubiläum des Realgymnasiums.) Am 1. Mai 1915 konnte unser Realgymnasium auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken.

überlegt mein Opus in die 'Sprach-Schrift', die er für die richtige hält! Die drei gehörtesten. Zuerst schrieb mein Freund Jens Peterken, der Hamburger: 'das fjetong beschaun lebt es, unterm hrische'...

'Jano!!!' triumphierte Egon, das ist eben meine Orthographie für den Gaumenlaut, für den die alte Rechtschreibung bloßhinwegweise 'ng' geschrieben hat. Wie ich das Zeichen '8', weil ja 'ng' ganz falsch wäre, fge ich 'schreibe ich zum Beispiel die Wörter 'unmöglichlich', 'ungeniert' und so weiter...

